





**Chemiekonzerne, Kartellwächter Caspari**  
Zurück zum freien Spiel der Kräfte

einbarten „Zielpreise“ und „Zielmengen“, „Quoten und Bestrebungen“.

Besonders aufschlußreich waren die detaillierten Berichte der britischen ICI. Sie trugen zwar den Geheimhaltungsvermerk „Persönlich – keine Kopie für die Ablage“. Doch die ICI-Manager hatten die Niederschriften gewissenhaft in ihren Aktenordnern aufbewahrt.

Die sichergestellten Unterlagen belegen, daß die am Markt etablierten Konzerne ihr verbotenes Spiel begannen, als sieben neue Hersteller in den Wachstumsmarkt Polypropylen drängten. Zuwachsraten von rund 20 Prozent jährlich hatten Mitte der siebziger Jahre auch Außenseiter in Spanien und Norwegen zur Produktion ermuntert. Die Zeit schien günstig, weil von 1976 an die hauptsächlich von den Italienern gehaltenen Herstellungspatente ausliefen.

Um Großkunden aus dem Verarbeitungsgewerbe zu erobern, unterboten die Neulinge zunächst alle Preise. Da die „Großen Vier“, wie Hoechst, ICI, Shell und Montedipe branchenintern genannt wurden, ihre Marktanteile von 65 Prozent nicht kampfflos abgeben wollten, sackten die Preise für Polypropylen. Alle Anbieter gerieten mit ihrer PP-Produktion tief in die roten Zahlen.

Die Vier Großen, so die EG-Ermittler, übernahmen die Initiative, um den ruinösen Wettbewerb zu beenden. In einer „Mindestpreisvereinbarung“ verabredeten die Kartellbrüder zunächst, den Preisrutsch zu beenden. Dann sollten die Preise in Etappen um 30 Prozent

schaft und Öffentlichkeit auf die geplanten Preiserhöhungen vorzubereiten, sollte einer der Großen zunächst in der Fachpresse Meldungen über die bevorstehende Teuerungswelle streuen und dann seine Aufschläge ankündigen.

Als Sprachrohr diente das Fachblatt „European Chemical News“ („ECN“). Die britische ICI protokollierte zum Beispiel: „Shell führend. ECN-Artikel in zwei Wochen.“ Genauso kam es. Die Marktlage, schrieb „ECN“, sei „zunehmend angespannt“. Shell beabsichtige, die Preise in zwei Etappen zu erhöhen.

Das Abprachesystem funktionierte allerdings nicht reibungslos. Sobald Druck aus dem oberen Management ausblieb, verschleuderten die Vertriebsabteilungen ihre Ware, die reichlich auf Lager lag. Zu den „aufsässigen“ und „zersetzenden“ Firmen, so ein interner Vermerk eines Konzernmanagers, zählten vor allem die Italiener.

Um die Schwachstellen zu beseitigen, wollte der Abspracher schließlich das sogenannte Nullpreis-Prinzip anwenden, das in der Baubranche oft praktiziert wird. Dabei offeriert die Firma, die den Auftrag bekommen soll, den niedrigsten Preis, den abgesprochenen Nullpreis. Die Mitbewerber verlangen mehr. Überdies sollte jede Firma nur noch eine begrenzte Menge produzieren dürfen.

Als die Reihen endlich geschlossen waren, flog der Geheimbund auf. Doch es dauerte weitere zwei Jahre, bis die EG-Beamten ihre Anklageschrift fertig hatten: Die Konzerne stritten jeglichen Wettbewerbsverstoß ab.

Die Unternehmen, so argumentierten ihre Anwälte, hätten zwischen 1975 und 1983 rund drei Milliarden Mark Verlust eingefahren. Das sei Beweis genug dafür, daß die Chemiefirmen keine ungerechtfertigten Gewinne eingestrichen hätten. Der Hoechst-Konzern legte der EG-Behörde seitenlange Preiskurven vor. Damit sollte bewiesen werden, daß Hoechst sein Polypropylen zu 80 Prozent unter den von der Kommission ermittelten Kartellpreisen verkaufte.

„Es mag sein“, meint dagegen ein Experte aus Casparis Wettbewerbsabteilung, „daß in einigen Aspekten und in gewissen Zeitabschnitten das Element des Einvernehmens fehlte.“ Aber die Zusammenarbeit habe fortgedauert und zu einer aufeinander abgestimmten Verhaltensweise geführt. Die Verluste seien durch Überkapazitäten und die gestiegenen Ölpreise verursacht worden.

Weil „ein besonders schwerer Wettbewerbsverstoß“ vorläge, so die Kommission, müsse sie „erhebliche Geldbußen“ verhängen. Rund 150 Millionen Mark, das höchste je von der EG-Behörde

heraufgesetzt werden. Die Manager von Hoechst in Frankfurt verlangten sogar, Notizen von Kollegen zufolge, eine Erhöhung von 40 Prozent.

Als es gleich beim ersten Mal klappte, fanden die Teilnehmer Spaß an den unerlaubten Praktiken. Nun galt es, die Spielregeln zu verfeinern. Ein ausgeklügeltes Kontrollsystem sollte dafür sorgen, daß die Firmen sich an die verabredeten Vorgaben hielten.

Am Spiel beteiligt waren „Bosse“ und „Experten“. Die „Bosse“, Chefmanager der Konzernsparte Polypropylen, trafen sich bis zu zweimal jeden Monat, um Preise festzusetzen und den Markt aufzuteilen. Nach solchen Treffen kamen die „Experten“ zusammen, die Vertriebsleute. Sie achteten darauf, daß keiner die anderen hereinlegte.

Die Branchenriesen mißtrauten vor allem den Neulingen so sehr, daß sie heimlich ein Nebenkartell installierten. Ohne Wissen der anderen trafen sich die „Großen Vier“ vor den „Bosse“-Sitzungen, um sich auf eine einheitliche Sprachregelung einzuschwören.

Sie bestimmten, wem die Rolle des Vorreiters zufallen sollte. Um Kund-

wegen Kartellabsprachen verhängte Bußgeld, sollen die Chemiekonzerne zahlen, mehr als die Hälfte davon allein die Großen Vier.

Es dürfte den Wettbewerbssündern leichtfallen. Inzwischen nämlich haben die Konzerne durch Fusionen Kapazitäten abgebaut, und der Rohstoff Öl ist so billig wie seit Jahren nicht mehr. Seit die Unternehmen „zum freien Spiel der Wettbewerbskräfte“ zurückgekehrt sind, registrieren die EG-Ermittler, machen sie wieder Gewinne.

---

CDU

---

## Vom Feinsten

**Kanzler-Widersacher Kurt Biedenkopf strebt, als mächtigster christdemokratischer Landesfürst, mit Macht nach Bonn.**

Helmut Kohl findet für einen bedeutenden Partei-Termin diese Woche in Düsseldorf keine Zeit; der Kanzler will lieber in die Bonner Beethovenhalle, wo der Ring Christlich-Demokratischer Studenten tagt.

An seiner Stelle wird Generalsekretär Heiner Geißler zum Kohl-Widersacher Kurt Hans Biedenkopf entsandt, der den größten CDU-Verband zusammenschmiedet: 600 Parteitagsglieder beschließen am Samstag in der Düsseldorfer Stadthalle die Fusion von CDU Rheinland und CDU Westfalen-Lippe.

Wenn die Elefanten-Ehe auch vom Bundeskongreß Ende des Jahres gutgeheißen wird, bekommt der designierte nordrhein-westfälische CDU-Landesvorsitzende Biedenkopf einen machtvollen Apparat in die Hand. Die neue Organisation, mit 261 000 Mitgliedern mehr als doppelt so stark wie die nachfolgenden Verbände Baden-Württemberg oder Niedersachsen, repräsentiert 36,3 Prozent aller eingeschriebenen Christdemokraten. Gelingt es Biedenkopf, seine Nordrhein-Westfalen auf neue politische Konzepte einzuschwören, kann die Bundespartei nicht mehr an ihm vorbei – dem Kanzler dürfte nach der Fusion das Regieren nicht leichter fallen.

Schon bisher hat Biedenkopf, seit er 1977 sein Bonner Amt als CDU-Generalsekretär aufgeben mußte, viele Gelegenheiten genutzt, seinem Parteivorsitzenden in die Quere zu kommen. Ob es um das Streikrecht ging oder die Renten, um Abrüstung oder Arbeitsmarkt, um Parteifinanzien oder Umwelt – stets war der Professor mit eigenwilligen Einfällen zur Stelle. Mit einer neuen Satzung will er nun die ganze Organisation geschlossen hinter sich bringen.

Danach wird der künftige CDU-Landesverband Nordrhein-Westfalen aus acht Bezirksverbänden bestehen. Die sieben „Vereinigungen“ wie Junge Union oder Sozialausschüsse und die fünf

„Sonderorganisationen“ wie Evangelischer Arbeitskreis oder Landesagrarschutz, bisher vor allem im Rheinland einflußreich, verlieren an Macht.

Ihr „Recht zu eigenen Verlautbarungen“ (Satzung) wird beschnitten. Sie müssen sich strikt an die „von der Partei festgelegten Grundsätze“ halten. Die Landeswahllisten, bislang im wesentlichen nach den Wünschen der Vereinigungen besetzt, werden künftig von den Bezirken aufgestellt.

Zündstoff birgt die Satzung in ihren Paragraphen 26 und 29, in denen die Rechte des Landesvorstandes geregelt werden.

Dem Landesvorsitzenden beinahe ebenbürtig ist, damit keiner der fusionierten Verbände zu kurz kommt, ein „Erster Stellvertretender Vorsitzender“.



**Konkurrenten Biedenkopf, Pütz:** Vereinigt, aber nicht vereint

Beide zusammen bilden die „Landesleitung“, müssen „jederzeit gehört werden“ und haben das „Recht, an allen Versammlungen und Sitzungen der Organe aller Gebietsverbände, Vereinigungen und Sonderorganisationen teilzunehmen“.

Ohne diesen Kompromiß hätten die Rheinländer den westfälischen Gesamtvorsitzenden Biedenkopf wohl kaum akzeptiert. Der derzeitige rheinische Landesvorsitzende Dieter Pütz soll zum ersten Vize gewählt werden, wie Biedenkopf für zwei Jahre.

Damit sich die beiden nicht in Rivalitätskämpfen aufreiben, ist eine Aufgabentrennung verabredet: Die Nummer eins, die 1987 ohnehin in den Bundestag strebt, will sich mehr bundespolitisch engagieren. Die Nummer zwei, die auf die Spitzenkandidatur für die Landtagswahl 1990 hofft, soll sich vor allem der Landespolitik widmen. CDU-Fraktions-

vorsitzender bleibt allerdings Bernhard Worms, der Wahlverlierer vom 12. Mai 1985 – Pützhofen hat kein Mandat im Düsseldorfer Parlament.

Das ist nicht sein einziges Handicap. Der Krefelder Schulrat und Oberbürgermeister war nach der CDU-Niederlage vor einem Jahr zunächst zum Unions-Aufsteiger des Jahres avanciert. Doch von diesem Glanz ist nicht viel geblieben. Seit Pützhofen im Oktober 1985 von Wahlverlierer Worms das Amt des rheinischen Landesvorsitzenden geerbt hat, häufen sich in der Partei die Zweifel an seinen Führungsqualitäten.

In Sonntagsreden spricht der Christdemokrat gern von „Dialogbereitschaft“ und „Vertrauen schaffen“, parteiintern aber praktiziert er das Gegenteil. Eine seiner ersten Amtshandlungen: Ohne

vorherige Absprache mit den zuständigen Gremien versuchte Pützhofen, den rheinischen CDU-Geschäftsführer Gerhard Pietsch im Handstreich durch einen neuen Mann zu ersetzen; zur entscheidenden Vorstandssitzung hatte er den Nachfolger bereits mitgebracht. Erstmals in der rheinischen CDU rief daraufhin der Kölner Parteiapparat, mit einer Unterschriftenliste, indirekt zur Revolte gegen den Vorsitzenden auf. Pietsch konnte bleiben.

Wie Worms fiel auch Pützhofen in der Partei bisher nicht gerade durch Denkanstöße auf. Er redet zwar gefälliger als sein Vorgänger, doch bei den Fusionsverhandlungen waren die Rheinländer meist schlecht vorbereitet.

Selbst das Parteimanagement bekam der Funktionär noch nicht in den Griff. In der Kölner CDU-Zentrale schreit die Verschwendungssucht (Parteispruch: „Alles vom Feinsten“) ungebremst